



Lange stellte sich die Frage kaum. Wer E-Mails schrieb, Daten speicherte, gemeinsam an Dokumenten arbeitete oder kommunizierte, griff wie selbstverständlich zu den immer gleichen Namen. Google. Microsoft. Amazon. Meta. Effizient, bequem, oft kostenlos. Ein Klick, ein Login, erledigt. Europa nutzte, Europa profitierte – und Europa gewöhnte sich daran.

Doch diese Selbstverständlichkeit beginnt zu bröckeln.

Denn inzwischen geht es um weit mehr als Komfort. Es geht um Kontrolle, um Rechtssicherheit, um wirtschaftliche Eigenständigkeit. Und, ja, auch um demokratische Grundfragen. Die Abhängigkeit von außereuropäischen Anbietern für zentrale digitale Dienstleistungen wirkt plötzlich nicht mehr wie ein technisches Detail, sondern wie eine strategische Schwachstelle.

Diese Abhängigkeit ist strukturell. Europas Verwaltungen, Unternehmen, Medienhäuser und Hochschulen arbeiten in weiten Teilen mit Plattformen aus den USA. Cloud-Dienste, Suchmaschinen, Online-Werbung, Kollaborationstools – in fast allen Schlüsselbereichen dominieren nicht-europäische Akteure. Das Problem liegt nicht in deren Leistungsfähigkeit. Sondern im Machtgefälle.

Besonders deutlich zeigt sich das bei der Frage der Datenhoheit. Das amerikanische Recht erlaubt es Behörden, unter bestimmten Voraussetzungen auf Daten von US-Unternehmen zuzugreifen – selbst dann, wenn diese Daten physisch auf europäischen Servern gespeichert sind. Für Ministerien, Krankenhäuser, kritische Infrastrukturen oder Medien ist das kein theoretisches Gedankenspiel, sondern ein reales Risiko. Wer entscheidet im Zweifel über den Zugriff auf sensible Informationen? Und nach welchem Recht?

Hinzu kommt die ökonomische Dimension. Wer zentrale digitale Bausteine dauerhaft importiert, exportiert zugleich Wertschöpfung. Innovation entsteht anderswo. Hochqualifizierte Arbeitsplätze ebenfalls. Die eigene technologische Kompetenz schrumpft – leise, aber kontinuierlich. Und Abhängigkeit fühlt sich meist nur so lange bequem an, bis sie spürbar wird.

Dabei hält sich hartnäckig die Vorstellung, Europa habe keine ernstzunehmenden Alternativen. Das stimmt längst nicht mehr. In mehreren Bereichen existieren leistungsfähige, marktreife Lösungen, die bewusst auf europäische Rechts- und Wertvorstellungen setzen.

Im Cloud-Sektor etwa hat sich **OVHcloud** von einem französischen Herausforderer zu einem der größten Anbieter Europas entwickelt. Öffentliche Verwaltungen, Mittelständler und Start-



ups nutzen die Infrastruktur ebenso wie große Organisationen. Skalierbar, wettbewerbsfähig und konform mit europäischen Datenschutzstandards. Auch **SAP** investiert seit Jahren massiv in Cloud- und Unternehmenslösungen, die Sicherheit und regulatorische Anforderungen nicht als lästige Pflicht, sondern als Kernmerkmal begreifen.

Besonders sichtbar wird der europäische Ansatz bei Kommunikations- und Kollaborationstools. Dienste wie **Proton** oder **Nextcloud** setzen konsequent auf Verschlüsselung, Transparenz und Datenhoheit. Keine datengetriebene Werbelogik, kein undurchschaubares Geschäftsmodell. Stattdessen klare Zuständigkeiten und nachvollziehbare Strukturen. Für viele Organisationen ein nicht zu unterschätzender Vorteil.

Selbst in Bereichen, die lange als fest in amerikanischer Hand galten, zeigt Europa, dass globale Erfolge möglich sind. **Spotify** ist das bekannteste Beispiel. Ein weltweit genutzter Dienst, entstanden in Europa, gewachsen mit europäischen Rahmenbedingungen – und dennoch international konkurrenzfähig. Ein leiser, aber wirksamer Gegenbeweis zur These, Innovation braucht zwingend das Silicon Valley.

Der Wechsel zu europäischen digitalen Diensten gilt oft als politisches Statement. Das ist er auch. Wer sich bewusst dafür entscheidet, unterstützt ein Modell, das Regulierung nicht als Innovationsbremse versteht, sondern als Vertrauensgrundlage. Datenschutz als Grundrecht, nicht als Marketingfloskel. Klingt nüchtern, ist aber ziemlich zukunftsfähig.

Gleichzeitig bleibt dieser Schritt erstaunlich pragmatisch. Europäische Anbieter agieren transparenter, sind leichter auditierbar und besser auf die rechtlichen Anforderungen zugeschnitten, denen Unternehmen und Verwaltungen hier unterliegen. Für Medien, Krankenhäuser, Kommunen oder kleine und mittlere Betriebe bedeutet das weniger juristische Unsicherheit und mehr Kontrolle über sensible Informationen. Kurz gesagt: weniger Bauchweh.

Natürlich läuft nicht alles reibungslos. Manche europäischen Lösungen wirken weniger poliert, bieten ein kleineres Ökosystem oder sind teurer als ihre globalen Konkurrenten. Aber dieser Abstand schrumpft. Mit wachsender Nachfrage steigen Investitionen, verbessert sich die Nutzerfreundlichkeit, wächst die Innovationskraft. Der Markt reagiert.

Die eigentliche Frage lautet daher nicht, ob Europa amerikanische oder asiatische Dienste vollständig ersetzen sollte. Die globale Vernetzung bleibt Realität. Doch eine bewusste europäische Präferenz – insbesondere bei öffentlichen Aufträgen, kritischen Infrastrukturen und sensiblen Bereichen – erscheint zunehmend plausibel.



Digitale Souveränität oder digitale Bequemlichkeit? Warum Europas Alternativen plötzlich zählen

Digitale Souveränität bedeutet keinen Rückzug. Sie bedeutet Gestaltungsfreiheit. Wer heute europäische Lösungen nutzt, investiert in technologische Eigenständigkeit, wirtschaftliche Resilienz und ein digitales Ökosystem, das demokratischen Prinzipien verpflichtet bleibt. Vielleicht ist das kein spektakulärer Schritt. Aber einer mit langfristiger Wirkung.

Von Andreas M. Brucker